

„Das ist unsere moralische Pflicht gegenüber den Opfern des Krieges“

Stand: 06:45 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten

Von Barbara Manhart

Norbert Röttgen mahnt die Bundesbürger bei „Hart aber Fair“, nicht die Augen vor den Geschehnissen in der Ukraine zu verschließen. Das sei „unsere moralische Pflicht“. Russland zähle darauf, dass das Interesse an der Ukraine im Westen verloren gehe.

J e länger der Krieg, desto langsamer die Handlungen? Während auf ukrainischem Boden um jeden Zentimeter gerungen wird, wird der deutschen Bundesregierung von Ländern wie Polen ([/politik/ausland/plus239021455/PiS-Regierung-Polens-Deutschland-Kritiker-bauen-ihre-Macht-aus.html](#)), aber auch innergesellschaftlich bei Waffenlieferungen Knauserei vorgeworfen. Zu wenig, zu schlecht, zu langsam.

Zugleich stellt sich die Frage: Wie lange bleiben Aufmerksamkeit und Mitgefühl für die Ukraine eigentlich erhalten - angesichts höherer Energiepreise, Inflation ([/wirtschaft/plus239082317/Inflation-auf-Rekordhoch-250-Euro-mehr-pro-Kopf-allein-fuer-Lebensmittel.html](#)) und Gewöhnungseffekt?

Das diskutierten bei „Hart aber Fair“ mit Frank Plasberg diesmal diese Gäste: Die Militärexpertin Claudia Major, der ehemalige Berliner Bürgermeister Michael Müller (SPD), CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen, die ukrainische Wissenschaftlerin Oleksandra Bienert sowie Soziologe Armin Nassehi. Eine Einschätzung zum weiteren Verlauf des Krieges lieferte außerdem Verwaltungsjurist und Verhandlungsexperte Matthias Schranner.

Röttgen kritisiert Habeck

„Es gibt Gewöhnung an alles Mögliche. Und auch die mediale Berichterstattung zieht einfach weiter. Und dann sind die Sommerferien oder der Tankrabatt oder die Bundesliga irgendwann wichtiger, als wie viele Tote jetzt an dem Tag wieder zu beklagen sind“, sagte Wirtschaftsminister Robert Habeck kürzlich.

Soziologe Armin Nassehi gab ihm Recht. Es sei normal, dass man den Krieg nach einer gewissen Zeit als alltäglich wahrnehme: „Es gibt Aufmerksamkeitsspannen, es gibt eine Aufmerksamkeitsökonomie. Man kann das auf so eine Formel bringen, dass eine wiederholte Information immer weniger Informationswert hat.“

Norbert Röttgen kritisierte Habecks Aussage, „weil sie den Ton in die Diskussion gebracht hat, dass man dafür Verständnis haben muss“, es sei ja menschlich. Er bezeichnete es dagegen als moralische Pflicht den Opfern des Krieges gegenüber, gegen die Gewohnheit und das Vergessen anzuarbeiten und es als „Teil unserer Konfliktfähigkeit“ zu betrachten.

„Russland zählt darauf, dass wir uns nicht mehr so dafür interessieren, dass wir diesen Konflikt nicht durchhalten, weil wir verweichlicht sind. Unsere Geschlossenheit bröckelt über die Dauer der Zeit“, warf Claudia Major ein. Der Faktor Zeit spiele Russland in die Karten. Dementsprechend wichtig sei es, dass die Regierung eine Führungsposition ein- und wahrnehme.

Gespräche mit Putin sinnlos

Plasberg verwies auf eine polnische Karikatur, auf der der französische Präsident Emmanuel Macron und Kanzler Olaf Scholz am Hörer eines Telefons zu sehen sind. In der Sprechmuschel des Hörers sitzt Putin in einem blutigen Bad. Der Vorwurf: Man telefoniere mit einem Schlächter. Ablehnend gegenüber Gesprächen mit Putin zeigte sich auch Röttgen. Es mache in der derzeitigen Situation keinen Sinn.

Verhandlungsexperte Matthias Schranner zeichnete eine düstere Prognose für die nahe Zukunft: „Russland wird erst dann an den Verhandlungstisch kommen, wenn es etwas zu gewinnen gibt. [...] Solange Russland glaubt, dass sie militärisch gewinnen können, werden sie nicht an den Verhandlungstisch kommen.“ Mit der Folge, dass tausende Menschen sterben.

Der erste Schritt wäre es, irgendwann einen Waffenstillstand zu vereinbaren, vielleicht einen dritten neutralen Mittler zu finden, dann zu verhandeln. Aber Schranner hält das für unwahrscheinlich. Die beste Option sei es, wenn Putin durch jemand anderen „abgelöst“ werden könnte.

„Sie deportieren unsere Kinder“

Auch für die Ukraine sind Verhandlungen derzeit unvorstellbar. Denn es sei keine Option, Souveränitätsansprüche für Gebiete aufzugeben, so Wissenschaftlerin Oleksandra Bienert. „Wir bleiben bei unserer Unabhängigkeit.“ Es gehe auch gar nicht so sehr um Territorien, sondern um Kriegsverbrechen. „Sie deportieren unsere Kinder nach Russland! Wissen Sie was das für uns bedeutet? Dass unsere Zukunft gerade zerstört wird“, erklärte sie emotional.

Nassehi argumentierte, dass man zudem immer nur mit zwei „Spielern“ und einem neutralen Dritten Situationen modelliere. Er fasste eine Aussage des russischen Außenministers Lawrow zusammen: „Wir werden sehen, wie ihr reagiert, wenn sich die Energiepreise verdoppelt haben werden“. Aussagen wie diese würden zeigen, dass nicht nur die Ukraine im Fokus sei. „Ich glaube, dass wir als Westeuropa durchaus auch Adressat dieses Krieges sind“.

Die Frage der Entscheidung des Krieges, über Sieg und Niederlage und was damit einhergeht, ist also eine, die auch maßgebend die europäische Zukunft beeinflussen wird. Bienert appellierte: „Ich möchte sehen, dass wir uns fragen: Was wollen wir eigentlich? In der EU, in Deutschland. Was für Werte wollen wir leben?“

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/239340081>